

Klaus Ernst

- (A) 2018. Ja, bitte schön, warum? Wissen Sie, was? Im Jahre 2018 wird das, was heute bzw. 2010, als der DGB diese Forderung erhoben hat, noch 8,50 Euro sind oder waren – ich habe es mir ausgerechnet –, 7,23 Euro sein. Was Sie im Koalitionsvertrag vereinbart haben, ist eine systematische Entwertung des Mindestlohns. Dazu muss ich sagen: Da muss bei der Gesetzgebung deutlich nachgebessert werden. So können wir dies nicht akzeptieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun zur Leiharbeit. Auch das ist ein Punkt, der von besonderer Bedeutung ist. Sie haben ja gesagt: Wir wollen die Würde von Menschen wiederherstellen. – Wir wissen: Leiharbeit entwürdigt Menschen sehr häufig. Ja, Sie regulieren ein wenig. Sie sagen: Ab dem neunten Monat in einem Arbeitsverhältnis bekommen Leiharbeiter gleichen Lohn für gleiche Arbeit. – Das ist löblich.

Aber Sie wissen doch genau, dass 50 Prozent der in Leiharbeit Beschäftigten in dem Unternehmen, an das sie ausgeliehen sind, nur drei Monate sind; dann sind sie wieder weg. Die geplante Regelung geht zumindest an denen, die als Leiharbeiter nur drei Monate in einem Unternehmen arbeiten, vollkommen vorbei. Personen, die neun Monate und länger Leiharbeit in demselben Unternehmen verrichten, gibt es natürlich noch weniger. Die meisten Leiharbeiter haben von dieser Regelung schlichtweg nichts.

- (B) Außerdem wollen Sie die Leiharbeit auf 18 Monate befristen. Die wenigsten, die in Leiharbeit in einem Betrieb tätig sind, tun dies 18 Monate lang. Die meisten Leiharbeiter sind dort schon früh wieder heraus. Das bedeutet, Sie schaffen ein reines Placebo. In der Realität kommt bei den Beschäftigten nichts an. Sie regulieren in dieser Frage so gut wie nicht.

Werkverträge, Frau Nahles: Die Betriebsräte haben nicht wirklich das Recht, an ihnen etwas zu ändern. Das Informationsrecht reicht dazu nicht aus. Man informiert die Betriebsräte, dass man etwas Bestimmtes tut, und macht genauso weiter wie vorher. Sie haben an diesem Punkt nichts geändert.

Bei der Befristung kann ich im Koalitionsvertrag überhaupt keine Neuregelung erkennen. Wir wissen, dass insbesondere Jugendliche nur noch befristet eingestellt werden. Das zu ändern, haben wir überhaupt keine Regelung. Sie haben mit dem, was Sie im Koalitionsvertrag festgehalten haben, eins überhaupt nicht erreicht: dass Sie Arbeit wieder in vernünftiger Weise regulieren. Das geht an der Realität vollkommen vorbei.

Deshalb sage ich Ihnen: Ich hoffe, dass Sie an dieser Stelle deutlich nachbessern. Das, was ich gesagt habe – kleine Schritte –, reicht zur Bekämpfung der Probleme am Arbeitsmarkt überhaupt nicht aus, wenn Sie das Ziel, das zu erreichen Sie sich vorgenommen haben, auch tatsächlich erreichen wollen, nämlich die Würde der Menschen am Arbeitsmarkt wiederherzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Da springen Sie mit Ihrem Koalitionsvertrag vollkommen zu kurz.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die CDU/CSU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Stracke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Deutschland geht es gut. Wie kaum ein anderes Land sind wir in solch einer Stärke aus der Finanz- und Wirtschaftskrise herausgegangen. Die Wirtschaft erlebt einen nach wie vor andauernden Aufschwung. Die Beschäftigungszahlen liegen auf Rekordniveau. Die Sozialkassen sind prall gefüllt. Das ist der Erfolg unserer Arbeitnehmer und der deutschen Wirtschaft, und das ist der Erfolg der unionsgeführten Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Hat alles die CDU gemacht!)

Wirtschaftliches Wachstum ist Grundlage für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Wo nichts erwirtschaftet wird, da gibt es auch nichts zu verteilen. Die deutsche Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren hervorragend entwickelt und bleibt weiterhin auf Wachstumskurs. Das Ifo-Institut hat beispielsweise festgestellt, dass wir im letzten Jahr den weltweit größten Exportüberschuss erzielt haben. Wenn man ins Inland blickt: Die Kaufkraft ist prima. Alles das lässt uns zuversichtlich in die Zukunft schauen.

Das gilt gleichermaßen für den deutschen Arbeitsmarkt. Die Beschäftigtenzahlen – wir haben jetzt auch die aktuellen Zahlen für den Januar 2014 auf dem Tisch – haben mit mehr als 40 Millionen einen Höchststand erreicht. Davon sind mehr als 29 Millionen Erwerbstätige in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen.

Wenn wir einmal in unsere Nachbarländer wie Italien, Frankreich oder Spanien blicken, so dürfen wir uns in diesem Land über eine sehr geringe Jugendarbeitslosigkeit von 7,5 Prozent freuen. Das ermutigt uns, in diesem Bereich so weiterzugehen. Wir wollen, dass Jugendarbeitslosigkeit endlich der Vergangenheit angehört.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben in den letzten Jahren hierzu die richtigen Weichenstellungen vorgenommen.

Das zeigt: Die Erfolge sind uns alles andere als in den Schoß gefallen. Die Erfolge sind das Ergebnis von verantwortungsvoller Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Jetzt gilt es, darauf nicht auszuruhen, sondern dem Grundsatz zu folgen: Derjenige, der stehen bleibt, fällt zurück. – Deswegen gehen wir mit diesen Reformen weiter.

Die robuste Lage auf dem Arbeitsmarkt mit steigender Tendenz bei den Löhnen und Beschäftigtenzahlen hat den Sozialkassen auch steigende Einnahmen beschert. Der Rekordüberschuss im Jahr 2012 von 15,8 Milliarden Euro wurde zu einem Großteil direkt an die Beitragszahler und Leistungsempfänger zurückgegeben. Damit sind wir erstmals seit über 17 Jahren wieder

Stephan Stracke

- (A) deutlich unter der 19-Prozent-Grenze angekommen. Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag liegt unter 40 Prozent. Das bedeutet: Beitragszahler und Rentner profitieren gleichermaßen. Das ist verantwortungsvolle Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, so wie wir sie verstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Für die neue, nun anstehende 18. Legislaturperiode gilt: Deutschland soll es am Ende dieser Wahlperiode besser gehen als heute. Wir werden alles daransetzen, dass die Menschen in unserem Land eine aussichtsreiche Zukunftsperspektive haben. Deshalb gilt für uns: keine Steuererhöhung und keine neuen Schulden. Wir werden die Wettbewerbsfähigkeit stärken und die Investitionen erhöhen; denn wir setzen auf die Leistungsträger in diesem Land und unterstützen auch weiterhin diejenigen Menschen, die der Solidarität der Gemeinschaft bedürfen. Deutschland hat einen starken Sozialstaat. Die Sozialleistungen liegen insgesamt bei 760 Milliarden Euro pro Jahr. Wir bekennen uns ausdrücklich zu diesen Leistungen; denn sie nutzen den Menschen.

Das Bundeskabinett hat nun ein Rentenpaket auf den Weg gebracht. Ich möchte hier einen Punkt herausstellen, der der CSU besonders wichtig ist und für uns den vorrangigsten rentenpolitischen Fortschritt darstellt: die Mütterrente. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir wollen starke, vitale Familien. Die Familien bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft. Familien gewähren Geborgenheit und Freiheit. Sie schaffen den Raum, dass gerade junge Menschen ihre Fähigkeiten entdecken und entfalten können und starke, selbstbewusste Persönlichkeiten werden, die sich aktiv in unsere Gesellschaft einbringen. Geht es unseren Familien gut, geht es unserer gesamten Gesellschaft gut. Unsere Politik ist es deshalb, die Familien in Deutschland zu unterstützen und zu stärken.

- (B) Deshalb streichen wir keine einzige Familienleistung. Im Gegenteil: Wir werden sie ausbauen. Wir setzen auf Krippenausbau und Betreuungsgeld, und wir sorgen für Leistungsgerechtigkeit. Kindererziehung ist Persönlichkeits- und Herzensbildung. Kindererziehung geht nicht einfach so nebenbei, sondern ist harte, echte Arbeit, und die Mütterrente ist eine ganz klare Anerkennung dieser Erziehungsleistung, ist Lohn für Arbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie schließt zugleich zu einem guten Stück die bestehenden Gerechtigkeitslücken bei der Bewertung von Erziehungszeiten älterer und jüngerer Frauen mit Kindern. Es ist ein großer Erfolg, dass wir die Mütterrente durchgesetzt haben.

Wir stehen auch hinter der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren. Wer sein Erwerbsleben lang solidarisch in die Rentenkasse eingezahlt hat, darf auch im Alter Solidarität erwarten. Die CSU hat sich schon immer für die Menschen starkgemacht, die besonders lange und körperlich hart gearbeitet haben. Bei der Rente mit 63 gilt es, darauf zu achten, dass sie auf diejenigen konzentriert bleibt, die besonders lange rentenversicherungspflichtig beschäftigt waren. Indem wir auf die be-

- sondere Bindung zur Rentenkasse achten, sollen die Tüchtigen und Fleißigen belohnt werden. Darum wollen wir bei der konkreten Ausgestaltung die Gespräche in diese Richtung lenken. (C)

Wir dürfen vor allem – das hat die Bundesregierung anerkannt – keine neuen Frühverrentungsanreize setzen. Deswegen werden wir auch hier die Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, prüfen und dann zu einem Ergebnis kommen, das der Solidarität zwischen den Generationen Rechnung trägt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das gilt auch für das Thema Mindestlohn. Wir haben immer gesagt: Wer Vollzeit arbeitet, soll davon auch angemessen leben können. – Ein zentraler Baustein dafür ist Bildung und Ausbildung. Sie entscheiden maßgeblich über die Zukunft eines jeden Einzelnen. Wir fördern deshalb alle Talente und lassen niemanden auf der Wegstrecke zurück.

Das gilt im Übrigen auch für die Menschen mit Behinderung. Wir werden in den nächsten Jahren ein Bundesleistungsgesetz auf den Weg bringen, das zum einen Entlastungen für die Kommunen und zum anderen auch konkrete Verbesserungen für die Menschen mit Behinderung enthalten wird. Für uns ist die Teilhabe an der Gesellschaft und am Arbeitsleben entscheidend. Das wollen wir weiter ausbauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

- Aufgabe der Sozialpartner wird es auch sein, weiterhin für einen gerechten Lohn zu sorgen; das ist das Prinzip der Tarifautonomie. Es hat sich in der Vergangenheit bewährt und muss auch in der Zukunft so bleiben. Deswegen werden wir im Dialog mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern aller Branchen, in denen der Mindestlohn wirksam werden wird, diese Themen beraten und dabei auch über Ausnahmen diskutieren. Genauso haben wir es im Koalitionsvertrag niedergelegt. Er ist ein guter Anknüpfungspunkt für alle anstehenden Gespräche in diesem Bereich. Wir wollen uns an der Lebenswirklichkeit orientieren, und an nichts anderem. (D)

Ich bin zuversichtlich, dass wir am Ende zu guten Ergebnissen kommen werden. Der Start der Koalition stimmt mich hier optimistisch. Wir haben mit dem Rentenpaket ein wichtiges Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, und zwar in Rekordzeit. Das zeigt: Die Koalition funktioniert. Daran werden wir bei der künftigen Zusammenarbeit anknüpfen, zum Wohle der Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Kollegin Corinna Rüffer.

Corinna Rüffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie auch mich jetzt noch einmal von Löhnen sprechen. Wer im Arbeitsbereich einer Werkstatt für